Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.30, vierteljährlich M. 9.90; für Abholer monatlich M. 2.00; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 7.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monat. M. 2.27, vierteljährlich M. 6.81; Morgen-Ausgabe M. 1.74, Abend-Ausgabe M. 1.10, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich ausschließlich Postbestellgebühr.
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

113. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., a. ausw. 50 Pf. Anzeigen u. Gesuche im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., a. ausw. 60 Pf. Teuerungszuschlag: 25%; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 30 Pf. Papiernotzuschlag: Ueber 300 Zeilen Umfang 30%, über 300 Zeilen 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusiv Postgebühr. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7300. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 30 — Sonnabend, den 18. Januar — 1919

Generalstreik in Leipzig

Wachsende Tschechengefahr für Sachsen

△ Dresden, 17. Januar. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Seitdem auf unseren Alarmruf vom 23. Dezember der sächsische Grenzschutz gegen Tschechowien verstärkt worden war, befleißigten sich die Tschechen gegen Sachsen einer größeren Zurückhaltung und richteten den Kernpunkt ihrer Tätigkeit hauptsächlich nach der bayrischen Grenze, wie auch aus Zeitungsmeldungen zu ersehen ist. Seit den Tagen aber, so erfahre ich aus durchaus zuverlässiger Quelle aus Deutsch-Böhmen, wird die böhmische Grenze auch nach Sachsen hin von Postenketten besetzt. Das würde an sich kein Grund zur Beunruhigung sein, aber hinter diesen Postenketten werden, das ist einwandfrei festgestellt, größere Truppenverbände angesammelt. Da die Verhältnisse in Deutsch-Böhmen zu dieser Maßregel keinen Anlaß geben, so muß hier eine andere Absicht zugrunde liegen, die sich unschwer erraten läßt. Wenn auch die Tschechen die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen stellen wollen, so müssen sie sich beeilen, und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß sie nicht mehr zögern wollen. Es sind zwar, wie uns mitgeteilt wurde, unsere Grenztruppen etwas verstärkt worden, und unsere Nachrichten bestärken uns darin, daß die getroffenen Vorsichtsmaßregeln in keiner Weise genügen, zumal unsere Sicherheitstruppen aus Landsturmleuten bestehen, die wohl zuverlässig, aber immerhin kriegsmüde sind. In der letzten Zeit konnten, so ist einwandfrei festgestellt, in Böhmen auch slowakische Truppen in wachsender Zahl auf, die sich augenscheinlich als Quartiermacher für größere Truppenverbände betätigen, und der Slowake ist, das hat der Weltkrieg als zur Evidenz erwiesen, ein weit besserer Soldat als der Tschecho. Unter diesen Umständen genügt nach unserer Auffassung der sächsische Grenzschutz in keiner Weise. Daher sollten Freiwillige nicht bloß nach dem Osten, sondern vor allem an die sächsisch-böhmische Grenze zur Verstärkung geschickt werden, wo uns die unmittelbarste Gefahr droht. Es ist, wir möchten das nochmals betonen, die höchste Gefahr im Verzuge. Daher sollten unsere verantwortlichen Stellen augenblicklich Maßnahmen treffen, damit wir nicht plötzlich vor Verhältnissen stehen, wie sie in der Provinz Posen durch die Sorglosigkeit der Reichsregierung entstanden sind.

* **Entlassung des Jahrganges 1918.** Das „Sächsische Militär-Verordnungsblatt" enthält einen auch für Sachsen gültigen Erlaß des preußischen Kriegsministeriums, wonach der Jahrgang 1918 unter gewissen Einschränkungen in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar 1919 zu entlassen ist.

Eine Erklärung des A.- und S.-Rates

Der Leipziger A.- und S.-Rat erläßt folgende Bekanntmachung:

Parteigenossen, Arbeiter, Soldaten und Arbeitslose!

Der Engere Ausschuß des Arbeiter und Soldatenrates von Leipzig hat Euch zu einer Kundgebung aufgerufen, damit Ihr gegen die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg einen Demonstrationsstreik beginnen sollt. In ganz Deutschland werden die Arbeiter dasselbe tun. Auch die Zeitungsbetriebe nehmen an diesem Demonstrationsstreik teil. Es ist aber notwendig, daß in dieser hochpolitischen Zeit — und einen Tag vor der Wahl — die Sonntags-Frühzeitung, wenn auch in verringertem Umfange, unbedingt erscheinen muß. Allen Zeitungsdruckereien muß es deshalb ermöglicht werden, diese Sonntags-Frühzeitung in der Sonnabendnacht von 6 Uhr abends an herzustellen. Es ist dringende Pflicht eines jeden einzelnen, hier jeden Eingriff zu unterlassen und den Weisungen des Engeren Rates unbedingt Folge zu leisten. Es liegt im Interesse der gesamten Bewegung, wie auch der Zeitungsleserschaft, daß sie über die wichtigsten politischen Vorgänge des In- und Auslandes und über die Ausdehnung des Streikes etwas erfährt.

Der A.- und S.-Rat: Seger, Schöning.

*

Gestern nachmittag sind wir von Demonstranten verhindert worden, den größten Teil unserer Abendausgabe zu drucken. Heute kann nach obiger Bekanntmachung die Mittag- und Abendausgabe nicht erscheinen. Die Schriftleitung.

Sympathiebewegung zum Tode Liebknechts

Leipzig, 17. Januar.

Im Laufe des heutigen Vormittags traten die Arbeiter zahlreicher Leipziger Fabriken in den Ausstand, der sich mehr und mehr ausbreitete. Der Zweck war, anläßlich des Todes Liebknechts und der Frau Luxemburg gegen die Reichsregierung zu protestieren. Der Streik begann in der Dux-Automobilfabrik und in den Poliphon- und Pittler-Werken. Umzüge und Versammlungen von Scharen Arbeitsloser gingen gleichzeitig nebenher. Bei ihnen handelte es sich um eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die Demonstrationen führten stellenweise zu erregten Szenen, so namentlich vor den Gebäuden der bürgerlichen Presse. Die Betriebe wurden stillgelegt, obwohl der Generalstreik, der inzwischen auf dem Augustusplatze verkündet worden war, erst für den morgigen Tag angesagt war. Die Menge zog hierauf in eine Reihe anderer Betriebe, um die Durchführung des Streiks zu erzwingen, der am Nachmittag ziemlich allgemein wurde. Am Nachmittag stellte auch das Wasserwerk den Betrieb ein, so daß die Stadt ohne Wasser war und die Bevölkerung, die meistenteils von den Ereignissen völlig überrascht wurde, auf den dunklen Straßen sich an allerlei Brunnen anstellte, um Wasser zu holen. An zahlreichen Stellen der Stadt wurden Flugblätter der bürgerlichen Parteien verbrannt, und auf dem Bureau der Demokratischen Partei wurde nicht nur Werbematerial, sondern auch Stimmzettel vernichtet. Auf dem Augustusplatze loderten stundenlang Scheiterhaufen. Die Menge war erregter als in den ersten Tagen der Revolution. Zahlreichen Soldaten wurden die Kokarden abgerissen, Offizieren die Achselstücke abgenommen, Wagen angehalten und nach den Insassen durchsucht. Eine starke Strömung geht auf Bewaffnung des Proletariats, die einer gegenrevolutionären Militärdiktatur entgegentreten solle. Daß die Straßenbahnen seit früh an nicht verkehrten, lag an einer Lohnbewegung, also an unpolitischen Gründen.

Auch in der Universität ereignete sich, wie uns aus ihren Kreisen geschrieben wird, ein Zwischenfall. Zwischen 12 und 1 Uhr drang eine Schar von Zivilisten und Soldaten ohne Armbinden in die Wandelhalle, besetzte die Ausgänge und wollte die Studenten und Professoren auf Waffen untersuchen. Wer sich weigerte, wurde mit Verhaftung oder auch mit Tätlichkeiten bedroht. Das Verlangen nach einer Legitimation wurde abgewiesen. Dem herbeigerufenen Rektor gelang es jedoch, die Unbefugten zu entfernen und vom A.- u. S.-Rat eine Schutzwache zu erhalten. Wie wir zu wissen glauben, werden dergleichen Dinge vom A.- u. S.-Rat entschieden gemißbilligt.

Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb gestern abend: „Je näher der Wahltag rückt, desto mehr unternehmen es unlautere Elemente, die Revolutionserrungenschaften in Leipzig zu gefährden. Sie gebärden sich vor allem in den Arbeiterversammlungen besonders radikal und erwecken damit den Eindruck, als ob sie besonders scharfe Revolutionäre wären und berufen, die Arbeiterschaft zu führen. In Wirklichkeit aber wollen sie sie verwirren und von der erfolgreichen Bahn der Revolution abbringen. Leider fallen die sozialistisch noch nicht geschulten Arbeiter auf solche Provokationen hinein. Auch bei der gestrigen Demonstration der Arbeitslosen haben unsaubere Elemente ihre Hände im Spiele gehabt. Wir rufen nunmehr die Leipziger Parteigenossen auf, diese Elemente rücksichtslos auszuscheiden aus unseren Reihen und wo sie als Provokateure auftreten, sie den Wachtmannschaften zu übergeben."

Es ist nicht nötig, anzunehmen, daß sich die augenblickliche Unruhe, die in Leipziger radikalen Kreisen herrscht, gegen die bevorstehenden Wahlen richtet. Es wird vielmehr von guten Kennern der Verhältnisse versichert, daß lediglich der Tod Liebknechts und der Frau Luxemburg schürend gewirkt hat. Auch in ganz weit links stehenden Kreisen besteht durchaus die Absicht, sich rege an der Wahl zu beteiligen. In den Kreisen der Leipziger Machthaber herrscht, so viel wir wissen, keine Besorgnis, daß die Wahlen verhindert oder gestört werden könnten.

Die Untersuchung des Falles Liebknecht—Luxemburg

× Berlin, 17. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Zum Falle Liebknecht-Luxemburg erklärt die Garde-Kavallerie-Schützendivision: Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß Liebknecht von drei Schüssen im Rücken getroffen worden ist. Der Fall ist juristisch einwandfrei geklärt und die Erschießung auf dem Fluchtversuch als zu Recht bestehend anzusehen. Um ein übriges zu tun, hat die Garde-Kavallerie-Schützendivision die Volksbeauftragten ersucht, zur Untersuchung einen Vertreter der U. S. P. D. hinzuzuziehen, um jedem Verdacht zu begegnen. Der einzige Vorwurf, der gegen die Division erhoben werden kann, ist der mangelnde Schutz im Falle Rosa Luxemburg. Diese Angelegenheit wird vom Kriegsgerichtsrat der Division auf das strengste untersucht, und der betreffende Offizier ist, wie bereits gemeldet, vom Dienst suspendiert worden.

* * *

× Berlin, 17. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Aufforderung der unabhängigen Parteileitung zum Proteststreik gegen die „Ermordung" von Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Berlin-Borsigwalde (Kugellagerwerk) gefolgt, indem sie heute morgen nach einer Versammlung in den Ausstand traten. Sie haben einheitlich eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Als Zeichen der tiefsten Entrüstung und Empörung treten die gesamten Arbeiter und Angestellten der Werke heute in einen Proteststreik ein. Von einem Demonstrationszug nimmt die Arbeiterschaft jedoch Abstand." Sonst scheint der Aufruf der Unabhängigen wenig Gegenliebe gefunden zu haben. Die „Freiheit" kann außer den obengenannten nur noch die Arbeiter der Maximal-Apparatefabrik anführen.

Berlin, 17. Januar. (Drahtbericht.) Um in Sachen des Todes Karl Liebknechts die Schuldfrage zu klären, ist vom Gerichtsherrn der Kriegsgerichtsrat Kurzig bestimmt worden. Der Fall der Frau Rosa Luxemburg soll im Interesse der Beschleunigung von einem anderen Kriegsgerichtsrat behandelt werden. Die Reichsregierung hat angeregt, daß in beiden Fällen der Vollzugsrat wie der Zentralrat je ein Mitglied damit betrauen sollen, an der Untersuchung mitzuwirken, und zwar hat sie dem Vollzugsrat empfohlen, für diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie zu bestimmen. Daraufhin hat der Zentralrat für die Untersuchung im Falle des Dr. Karl Liebknecht das Mitglied Hermann Müller, der Vollzugsrat sein Mitglied Wegmann delegiert. Für die Untersuchung im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute noch bestimmt werden.

* Der Sitz der Obersten Heeresleitung dürfte, wie verlautet, gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teile Deutschlands verlegt werden.

Zentrum und evangelische Wählerschaft

Von
Professor Dr. Paul Herre.

In der letzten Zentrums-Wahlversammlung ist von der Tatsache Mitteilung gemacht worden, daß eine größere Zahl evangelischer Männer und Frauen in Leipzig und Umgegend der Zentrumspartei beigetreten sei. So wenig damit der politische Charakter des Zentrums bewiesen ist (was man in jener Versammlung gefolgert hat), so geht allerdings daraus hervor, daß das Zentrum nicht nur mit gewohntem Geschick verstanden hat, in dieser verworrenen Zeit wieder sein eigentliches Wesen zu verhüllen, sondern unter Ausnutzung gewisser sozialistischer Haßlosigkeiten sogar im protestantischen Lager Fuß zu fassen. Eine andere Tatsache zeigt das noch deutlicher: die Begründung eines Bundes christlicher Demokraten, die sich ausdrücklich als „Evangelischer Zweigverein der Zentrumspartei" bezeichnet und dem neben einer Anzahl von Laienpersönlichkeiten beiderlei Geschlechts ein theologischer Universitätsprofessor und ein Pfarrer angehören. Dieser Bund, der selbst in unserer, an ungewöhnlichen Erscheinungen gewiß reichen Zeit den abgestumpften Blick auf sich lenkt, ist in den letzten Tagen mit einem Wahlaufruf hervorgetreten, in dem die Unterzeichner den Anschluß an das Zentrum begründen. Sie erstreben einerseits die wirkliche Demokratie, räumen jedoch anderseits dem christlichen Glauben die Zentralstellung auch in ihrem politischen Wollen ein. Das von ihnen erstrebte Ziel sehen sie vom katholischen Standpunkte her durch das Zentrum verwirklicht, und da die alte Partei nun als neue „Christliche Volkspartei" auf den Plan getreten ist, und das evangelische Deutschland zu gemeinsamer Arbeit aufgerufen hat, und da sie der Meinung sind, daß das neue Zentrum den von ihm grundsätzlich stets betonten interkonfessionellen Charakter fortan viel stärker zur Geltung bringen könne, so halten sie die Stunde für das Zusammengehen und Zusammenwirken der Evangelischen und Katholiken innerhalb der gesetzgebenden Körperschaft für gekommen. Ja mehr. Sie glauben, daß die Erfolge, die die eine Konfession erzielt, auch der anderen zugute kommen, und erwarten, daß durch den Zusammenschluß dem religiösen Bruderkampfe ein Ende gesetzt und der Reichsgedanke gestärkt, gleichzeitig aber auch Achtung und Ehrfurcht vor der beiderseitigen Ueberzeugung erweckt werde. Man wundert sich beinahe, daß nicht auch noch Zukunftsperspektiven in bezug auf die Besserung und Vervollkommnung der ganzen Menschheit gezogen werden.

Fürwahr, ein Dokument! Der ganze Jammer unserer Tage tritt einem darin entgegen, und gleichsam wie in einem Spiegel schauen wir die Verwirrung, die sich unseres armen Volkes bemächtigt hat. Welche Gefahren dieser Unterschlupf gläubiger Protestanten bei der Zentrumspartei für den Protestantismus selbst herauf führt, das liegt für einen unvoreingenommenen Beurteiler klar zutage. Die für den Entschluß Verantwortlichen glauben offenbar, daß ihnen die ganze Masse der Protestanten folgt und daß an Stelle drückender politischer Heimatlosigkeit der Idealzustand harmonischer Gemeinschaft mit der übrigen Christenheit tritt. Hier die gläubigen Christen, die wie in einem Paradiese die „Christliche Volkspartei" bevölkern — da die ungläubigen Christen, die Juden und die Religionsverneiner, die sich auf die böse liberal-demokratischen und sozialistischen Parteien verteilen — und dort schließlich die unechten Christen, die die Interessen der evangelischen Kirche in den Dienst reaktionärer, alldeutscher und feudaler Bestrebungen stellen. Welche Täuschung über den Charakter des Protestantismus, für den diese Kurzsichtigen eintreten wollen und gegen dessen Geist sie verstoßen, als wären sie mit Blindheit geschlagen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Förderungstendenzen, die zum Wesen des Protestantismus gehören, im Sinne der Stärke wie der Schwäche eine unmittelbar als Zersetzung wirkende Steigerung erfahren würden, wenn die von dem „Evangelischen Zweigverein der Zentrumspartei" eingeleitete Aktion zu größerer und bleibender Bedeutung gelangte.

Schon in diesem Zusammenhang erscheint ein Programm, wie es der Bund christlicher Demokraten entwickelt, gerade für den Protestantismus in hohem Grade gefährlich und verhängnisvoll. Und diese Gefahr erscheint in einem sehr viel grelleren Licht, wenn wir uns vor Augen stellen, bei welchem Partner Anschluß gesucht wird. Es liegt mir fern, die subjektive Ehrlichkeit der katholischen Laienkreise anzuzweifeln, die heute Träger der Zentrumspolitik sind, und man kann es als eine interessante Tatsache hinnehmen, daß die Geistlichkeit, sicherlich mit starker Absicht, in diesen Tagen in den Hintergrund geschoben worden ist. Aber hat man deswegen irgendwelche Gewähr, daß der Katholizismus, der dem Zentrum bisher das Gepräge gegeben hat, künftig anders zur Geltung gelangt? Wer die Dinge sieht, wie sie sind, und nicht wie sie von Partei wegen ehrlich aufgefaßt oder taktisch hingestellt werden, kann unmöglich in den naiven Optimismus einstimmen, den diejenigen Protestanten sprechen lassen, die sich dem Zentrum anschließen. Die katholische und protestantische Kirche sind ihrem Wesen nach völlig ungleiche Größen- und solange das Machtinstitut des Papsttums die Stellung besitzt, die es heute innehat, kann auch die unsern beiden Konfessionen gemeinsame Grundlage der deutschen Frömmigkeit nicht den Ausgleich schaffen. Man darf doch

Das Gebot der Stunde: Wählt deutsch-demokratisch!